

Beschluss des Landrats vom 25.05.2023

Nr. 2194

14. Rasche Wieder-Öffnung und kein vorschneller Rückbau der Rheinstrasse im Gebiet Salina Raurica

2023/44; Protokoll: pw

Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) informiert, der Regierungsrat nehme das Postulat entgegen und beantrage gleichzeitig die Abschreibung.

Christine Frey (FDP) ist mit der Abschreibung nicht einverstanden. Sie möchte zur Einführung etwas zitieren, was nicht allzu ernst genommen werden sollte. Gemäss Wikipedia ist der Schildbürgerstreich «*eine dumme Handlung, deren Absicht nicht funktioniert oder deren Zweck komplett verfehlt wird. Heute häufig auf Fehlplanungen der öffentlichen Hand bezogen*». Im Kanton Basel-Landschaft wurde ein grosses Projekt an die Hand genommen, um den Raum Salina Raurica zu erschliessen, wo künftig Wohnen und Arbeiten stattfinden soll. Zuerst wurde die Strasse gebaut, aber die Tramverlängerung wurde an der Urne von der Bevölkerung abgelehnt. Die Bagger für die Erstellung von Wohn- und Gewerbebauten sind noch nicht aufgefahren und gemäss der Webseite Gallisacher Ost wird von einem Start der Bauarbeiten frühestens im Jahr 2025 ausgegangen. Dem Vernehmen nach haben jedoch noch nicht einmal Landverkäufe stattgefunden. Wie alle wissen, nehmen solche Projekte extrem viel Zeit in Anspruch. Entsprechend ist es fast sicher, dass in den nächsten fünf Jahren ganz bestimmt keine Menschen am Rhein in Augst wohnen werden. Zum Ärgernis Rheinstrasse: Das Unheil hat seinen Lauf genommen, als in einer Nacht-und-Nebel-Aktion die bestehende, funktionierende Rheinstrasse mit Betonblöcken ausser Betrieb gesetzt wurde. Die mit dem Argument, die Landratsvorlage solle eins zu eins umgesetzt werden. Der Regierungsrat verweist nun schon zum x-ten Mal auf die im 2009 gefassten Beschlüsse. Christine Frey kann versichern, dass sie die Beschlüsse verstanden und ihnen auch nie die Legitimation abgesprochen hat. Der Regierungsrat argumentiert, dass allen Beschlüssen der Zweck zugrunde liegt, die Trennwirkung der Rheinstrasse aufzuheben und den Zugang zum Rhein zu erleichtern. Nur: Es passiert gar nichts dem Rhein entlang. Es ist keine Flaniermeile zu sehen, es fahren keine Bagger auf und es ist nicht einmal ein Baugesuch zu entdecken. Das heisst, die Gründe für die Schliessung der funktionierenden Strasse sind Zukunftsträume. Der Regierungsrat führt in seiner Antwort aus, dass die Verkehrssituation im Raum Salina Raurica seit der Verkehrsumstellung mittels temporärem Video-Monitoring und zahlreichen Begehungen intensiv beobachtet wird. Christine Frey denkt aber, dass es weder ein Video-Monitoring noch eine Begehung braucht, sondern gesunden Menschenverstand, um eine pragmatische Lösung zu finden. Sie denkt auch, dass Regierungsrat Issac Reber die Grösse haben müsste, um einzugestehen, dass ein Fehler passiert ist und eine Schikane geschaffen wurde. Dass dies nicht nur die Einschätzung von Christine Frey ist, beweisen über 8'000 eingereichte Unterschriften zur Petition «Rheinstrasse sofort öffnen». Sie kann sich nicht vorstellen, dass die Hilferufe ignoriert werden, und es wäre wünschenswert, dass mit den Petentinnen und Petenten das Gespräch am runden Tisch gesucht würde. Ihr Vorschlag wäre die Rückführung in den Urzustand mittels Provisorium an den Schnittstellen bis zum Baubeginn. Christine Frey bittet, das Postulat stehen zu lassen, bis alle offenen Fragen mit den Petentinnen und Petenten geklärt sind und eine Zwischenlösung gefunden werden kann.

Urs Kaufmann (SP) sagt, die SP-Fraktion sei dezidiert gegen eine Überweisung des Postulats und klar für eine Abschreibung. Der Regierungsrat hat das Postulat bereits gut beantwortet und es muss daher auch abgeschrieben werden, sollte es denn überwiesen werden. Folgende Hinweise: Bei der Bewilligung des Baus der Rauricastrasse – die neue Ersatzstrasse der

A2 entlang – wurde klar festgehalten, dass nach der Eröffnung der Rauricastrasse die Rheinstrasse geschlossen und anschliessend schrittweise zurückgebaut wird. Es ist auch schon klar, dass auf der Rheinstrasse grosse Projekte starten werden. Westwärts muss eine grosse Wasserleitung der Hardwasser AG ersetzt werden. Es wird eine riesige Baustelle geben und die Rheinstrasse wird in diesem Bereich auch gar nicht mehr zur Verfügung stehen. Im vorderen Teil bei Augst bis zu diesen Überbauungen, die gebaut werden sollen, wird es eine Zeit lang noch Baustellenverkehr geben und erst nach Realisation der Überbauungen wird die Strasse zurückgebaut werden können. Nichtsdestotrotz gibt es heute dort schon massiv weniger Verkehr und die Rheinstrasse ist jetzt schon zu einem grossen Teil zu einer Langsamverkehrsachse geworden. Die SP war bereits 2017 dezidiert dafür, dass die Rheinstrasse geschlossen wird, sobald die Rauricastrasse gebaut ist. Der Landrat stimmte diesem Konzept deutlich mit 59:6 Stimmen zu. Entsprechend handelt es sich um keinen Schildbürgerstreich und es war auch keine Überraschung. Es handelte sich um klare Planung. Richtig ist, dass nicht alles ganz optimal verlaufen ist. So war die Signalisation am Knoten Augst nicht optimal. Relativ viel Verkehr fuhr weiterhin in Richtung Schweizerhalle und musste dann wieder wenden.

Zum Postulat von Christine Frey, deren Absicht sehr klar ist: Solange der Achtspurausbau noch nicht realisiert ist und es keine weitere Entlastung der Umfahrung von Augst gibt, möchte sie die Rheinstrasse wieder öffnen und damit quasi eine Parallelautobahn bauen. Die SP-Fraktion war im Rahmen der Debatte um die Rauricastrasse schon klar gegen eine solche Parallelautobahn und ist es weiterhin dezidiert. Hinzu kommt, dass es sich um eine Schnapsidee handelt: Sie funktioniert verkehrstechnisch gar nicht. Man hätte dann zwar drei Strassen parallel – die Autobahn, die Raurica- und die Rheinstrasse – und damit das Gefühl, es gäbe zwei mal zwei Spuren, aber es muss ja auch in die Rheinstrasse rein und rausgefahren werden. Der Knoten Augst ist jetzt schon am Limit. Die Bau- und Planungskommission (BPK) hat sich aufzeigen lassen, dass es gar nicht möglich ist, den Verkehr sauber aufzuteilen und weiter in die Rheinstrasse hineinzuführen. In Augst selber würde es ein verkehrstechnisches Chaos geben, weil der Verkehr zusammenbrechen würde. Beim Logistikzentrum von Coop kämen dann die Strassen wieder zusammen – von vier auf zwei Spuren. Logischerweise würde es auch dort wieder Stau geben. Der Stau würde somit mit dem Vorschlag von Christine Frey irgendwohin verlagert. Dazwischen gäbe es zwar vier Spuren, die aber rein gar nichts bringen, weil es verkehrstechnisch nicht funktioniert. Das Problem sollte daher nicht einfach mit dem gesunden Menschenverstand angegangen werden, mit dem vielleicht am falschen Ort geschaut wird, sondern es muss verkehrs- und fachtechnisch angeschaut werden. Augst hat jetzt schon festgestellt, dass es trotz des teilweise noch falsch fahrenden Verkehrs massiv weniger Verkehr gibt. Der Bevölkerung von Augst kann nicht angetan werden, dass nun eine Strasse wieder geöffnet wird, die verkehrstechnisch null Nutzen hat.

Mit der Wiedereröffnung der Strasse würde zudem noch Folgendes passieren: Es gäbe vermehrt Verkehr aus den Wohnsiedlungen und dem Gewerbegebiet von Kaiseraugst, der anstatt via Rheinfeldern auf die A2 zu fahren, wieder Richtung Westen ginge. Und von dort via Augst, Schweizerhalle, Birsfelden nach Basel. Es ist sicher das falsche Signal, dies den Leuten als weitere Schleichmöglichkeit anzubieten, weil es am Ende – beim Knoten Augst und bei der Zusammenführung beim Coop Verteilzentrum – verkehrstechnisch nicht funktionieren wird.

Die SP-Fraktion ist dezidiert gegen die generelle Öffnung der Rheinstrasse. Es muss nun so umgesetzt werden, wie vom Landrat beschlossen. Ansonsten würde es auch Nachteile für das Buskonzept geben, das per Dezember 2022 eingeführt wurde. Die Buslinien wurden dabei geändert und es wurde in Augst ein Busbahnhof gebaut, so dass dort nun deutlich mehr Busse fahren. Würde nun mit der generellen Öffnung der Rheinstrasse am Knoten ein zusätzliches Verkehrschaos generiert, dann würde auch das Buskonzept nicht mehr funktionieren. Es gäbe zusätzliche, unnötige Verspätungen.

Das Postulat zeige, so **Matthias Ritter** (SVP), dass es dort ein grosses Problem gebe. Einerseits weil die Strasse praktisch über Nacht geschlossen wurde – und das für die dort ansässigen Gewerbebetriebe – und andererseits, weil nun grosse Umwege auf dem Arbeitsweg zurückgelegt werden müssen. Es handelt sich zudem um eine Schwerverkehrsrouten; auch diese sind mit der jetzigen Situation unzufrieden. Matthias Ritter ist erst kürzlich abends um halb sieben in Richtung Augst gefahren und es gab eine Kolonne bis weit über den Kreisel zurück und auch in Richtung Autobahn Pratteln. Die SVP-Fraktion ist für eine Überweisung, aber gegen eine Abschreibung.

Felix Keller (Die Mitte) stellt fest, die Bereitschaft des Regierungsrats, das Postulat entgegenzunehmen, zeige, dass es tatsächlich im Raum Salina Raurica ein Problem gebe. Gleiches zeigt die Vorlage zur Lohagstrasse (2023/190), die aktuell in der BPK beraten wird. Im Zusammenhang mit der Lohagstrasse steht zur Diskussion, dass der vorschnelle Rückbau der Rheinstrasse rückgängig gemacht wird. Dies muss vertieft angeschaut werden und aufgezeigt werden, welche Lösungen es gibt. Und zwar solche, die nicht erst übermorgen, sondern schon morgen kommen. Denn das Gewerbe hat dort ein Problem. Das Gebiet ist vor allem von Osten her sehr schlecht bis überhaupt nicht erschlossen. Es besteht Einigkeit, dass Handlungsbedarf besteht, deshalb gibt es auch die Vorlage zur Lohagstrasse. Das Postulat ist berechtigt und es ist richtig, dass geprüft und berichtet wird. Die Mitte/GLP-Fraktion möchte den Vorstoss nicht direkt abschreiben. Es steht auch noch eine Petition mit mindestens 5'000 Unterschriften im Raum; mittlerweile sind es gar schon 8'000 oder möglicherweise 10'000 Unterschriften. Felix Keller macht beliebt, das Postulat zu überweisen und stehenzulassen. Im Zusammenhang mit der Petitionsantwort und der Vorlage Lohagstrasse kann dann berichtet und das Postulat abgeschrieben werden.

Als **Lotti Stokar** (Grüne) zum ersten Mal von diesem sogenannten Problem gehört hatte, dachte sie als Mediatorin, dass dies nicht sein könne und wirklich nochmals genauer hingeschaut werden müsste. Seither sind einige Wochen vergangen. Der Regierungsrat hat die Vorlage «Salina Raurica – Ausgabenbewilligung für die Projektierung und Realisierung eines provisorischen Lückenschlusses zwischen Rauricastrasse und Lohagstrasse» überwiesen, die in der BPK intensiv angeschaut wird. Dort waren auch Vertretungen der Gemeinden Augst und Pratteln zu Gast, die der Kommission erklärt haben, weshalb sie hinter der Vorlage stehen. Eine Mediation erscheint ihr nun nicht mehr zielführend. Sie versteht auch nicht ganz, weshalb es nun auch noch eine Petition braucht. Gemäss der Gewerbezeitung «Standpunkt» ist diese nun aber schon eingereicht und zwar mit 8'000 Unterschriften. In der Petition geht es ja nicht nur darum, die Rheinstrasse nochmals etwas zu öffnen, sondern es wird sogar verlangt, dass nochmals das Gesamtverkehrskonzept für das ganze Gebiet an einem Runden Tisch angeschaut wird. Das versteht Lotti Stokar nun aber wirklich sind. Jene, die schon länger im Landrat sind, wissen noch, wie es war mit dem Rückbau der Rheinstrasse. Es dauerte ewig, bis die Rheinstrasse in Liestal zurückgebaut werden konnte und es wurde auch nicht mehr so umgesetzt wie ursprünglich versprochen und von allen akzeptiert war und es wurde viel Geld ausgegeben für die neue Strasse. Lotti Stokar befürchtet, dass wieder genau das Gleiche passiert. Die Menschen sind Gewohnheitstiere und Gewohnheitsautofahrerinnen und -fahrer. War man sich gewohnt, immer geradeaus zu fahren, was nun nicht mehr geht, muss man sich vielleicht mal die Signalisation anschauen oder überprüfen, ob das GPS noch richtig eingestellt ist.

Lotti Stokar versteht, dass es im Januar, als das Postulat eingereicht wurde, durchaus ein Problem gab, aber jetzt mit der Vorlage zur Lohagstrasse, wenn diese denn unterstützt wird, hätte man bis in einem Jahr eine bessere Erschliessung des Gewerbegebiets. Seitens Gemeindevertreter hat es in der BPK zudem nicht so geklungen, als würden so viele unter der jetzigen Situation leiden. Es gibt immer Leute, die jammern. Bei den 8'000 stellt sich die Frage, was ihnen gesagt wurde. Wissen sie überhaupt, was sie unterschrieben haben? Sogar Kinder dürfen unterschreiben und es ist einfach zu fragen, ob die geschlossene Strasse wieder geöffnet werden soll. Aber im Wissen da-

rum, welche rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden mussten, um die Strasse schliessen zu können (ja, dies war möglicherweise etwas zu schnell), ist die erneute Öffnung mit den dafür nötigen Umbauten an den Knoten einfach der falsche Weg. Entsprechend muss nun den Leuten erklärt werden, dass sie anders fahren müssen. Für manche führt dies zu einem kleinen Umweg, aber das ist nun einfach so. Und bezüglich Office World, das sagt, es habe von der Laufkundschaft gelebt, gilt zu beachten, dass Office World-Filialen überall Umsatzeinbussen haben, weil viele Leute während der Corona-Zeit aufgerüstet haben und nun nicht schon wieder etwas Neues brauchen. Es ist zu bezweifeln, dass es nur diese Filiale besonders stark betrifft.

Die Grüne/EVP-Fraktion ist gegen eine Überweisung und sollte der Vorstoss überwiesen werden, für Abschreiben. Das Thema wird den Landrat sowieso bald wieder beschäftigen, noch bevor das Postulat überhaupt beantwortet ist.

Lotti Stokar hofft wirklich kein Déjà-vu zu erleben wie mit der Rheinstrasse, so dass am Ende die ganze Planung, die in den letzten 10 bis 15 Jahren gemacht wurde, quasi obsolet ist – nur weil man sagt, es brauche eine Strasse mehr und die Strassen seien zum Fahren da und sollen deshalb nicht vorschnell gesperrt werden.

Stephan Burgunder (FDP) fühlt sich als Gemeindepräsident von Pratteln direkt angesprochen. Er ist nicht die Gemeinde Pratteln, aber ein Vertreter der Gemeinde. Er sieht es zwar nicht genau gleich wie Christine Frey, ist aber ebenfalls für Überweisen und Stehenlassen. Es ist klar, dass die jetzige Strassenführung absolut unbefriedigend ist. Nun gibt es verschiedene Lösungen. Die beste Lösung aus Sicht der Gemeinden Augst und Pratteln ist der Lückenschluss Lohagstrasse. Dabei handelt es sich um die Vorlage, die derzeit in der BPK beraten wird. Leider ist noch nicht überall angekommen, dass es sich dabei um den besten Lösungsweg handelt. Stephan Burgunder arbeitet noch daran und hofft, dass dies am Ende die Lösung sein wird. Die Wiedereröffnung der Rheinstrasse ist aus Sicht der Gemeinden Pratteln und Augst eigentlich keine Option. Sicher auch keine Lösung ist jene, die von Urs Kaufmann angetönt wurde: Nämlich dass es zwei Strassen parallel gibt. Dies würde schon nur der Umweltverträglichkeitsprüfung widersprechen. Trotzdem: Die Diskussionen sind noch nicht abgeschlossen. Es braucht dringend eine kostengünstige Lösung, die rasch gemeinsam gefunden werden muss. Es sollen alle Optionen nochmals diskutiert werden. Der vorliegende Vorstoss kann dann direkt mit der Vorlage zum Lückenschluss Lohag abgeschlossen werden.

Urs Kaufmann (SP) ist etwas überrascht über die Aussage von Stephan Burgunder. Bei der Erschliessung des Gewerbegebiets in Salina Raurica handle es sich um eine kommunale Aufgabe. Es sind alles Strassen, die im kommunalen Strassennetzplan enthalten sind. Es liegt an der Gemeinde Pratteln, die Erschliessung des Gewerbegebiets sicherzustellen. Es ist seit Ewigkeiten bekannt, dass die Lohagstrasse gebaut wird und es Anschlusspunkte über Kreisel gibt. Der Kanton muss sich hier eigentlich nicht einmischen, sondern die Gemeinde Pratteln muss ihre Aufgabe wahrnehmen. Beim Anliegen, die Rheinstrasse nochmals zu öffnen, um die Planungsfehler und den Verzug bei der Umsetzung der kommunalen Strassen zu kompensieren, ist der Kanton der falsche Adressat. Er hat nichts falsch gemacht. Urs Kaufmann ist schon bewusst, dass mit der Ablehnung der Tramverlängerung eine ganz neue Situation entstanden ist. Es gab das klare Signal, dass nicht ins Grüne gebaut werden soll und die Strassenergänzung entsprechend zu diskutieren geben wird. Aber wenn es um die Erschliessung des Gewerbegebiets geht – und davon ist im Postulat kaum die Rede – ist die Gemeinde Pratteln zuständig. Die SP-Fraktion bietet keine Hand, eine Parallelautobahn zu bauen, wie dies Christine Frey im Postulat beschreibt. Eine solche würde verkehrstechnisch auch nicht funktionieren.

Markus Dudler (Die Mitte) weist als Mitglied der Petitionskommission darauf hin, dass es nicht immer ganz einfach sei, wenn sich zwei fast gleichlautende Vorstösse in der Pipeline befänden –

einerseits nun die Petition andererseits das vorliegende Postulat. Es gilt zu überlegen, wie die Beratung im Fall einer Überweisung erfolgen soll. So könnte etwa die Petition in der gleichen Kommission beraten werden wie das Postulat, falls es überwiesen wird.

Stephan Burgunder (FDP) sagt, die Feinerschliessung des Gebiets sei klar Aufgabe der Gemeinde. Es ist nun aber auch so, dass der Landrat respektive das Volk die Rauricastrasse beschlossen haben. Die Gemeinde hat daraufhin das Strassennetz auf den kantonalen Richtplan abgestimmt. Nun gibt es aber mehrere Probleme. Einerseits gibt es die Netzibodenstrasse, die noch nicht gebaut werden kann, weil der Kanton die Zurlindengrube noch nicht so aufgefüllt hat, wie dies für den Strassenbau nötig wäre. Es handelt sich somit nicht um ein Verschulden der Gemeinde. Auf der anderen Seite steht der Lückenschluss Lohag, über den der Landrat noch sehr ausführlich diskutieren wird. Die Gemeinde würde sehr gerne selber den Lückenschluss realisieren, hat aber jetzt keine Anstösser und kann keine Anwenderbeiträge verlangen. Der Kanton könnte mit einer Vorfinanzierung der Gemeinde unter die Arme greifen. Der Betrag würde dann wieder zurückbezahlt. Die Gemeinde ist bereit, dazu Hand zu bieten, hofft aber auch auf Unterstützung des Kantons. Stephan Burgunder hat den Regierungsrat so verstanden, dass der Kanton dazu bereit wäre, damit eine gute Lösung gefunden werden kann. Letztlich braucht es einen Kompromiss, der für alle gangbar ist. Es ist nicht zielführend, sich gegenseitig die Schuld zuzuschieben. Es braucht eine gemeinsame Lösung, damit eine gute Erschliessung ermöglicht werden kann.

Andreas Dürr (FDP) ist etwas überrascht über das Votum von Urs Kaufmann, dessen Ansatz etwas gelungen ist. Gemäss Urs Kaufmann gibt es eigentlich kein Problem. Gäbe es dann doch ein Problem, würde durch die Öffnung der Rheinstrasse zusätzlich ein neues Problem geschaffen. Dies zeigt erstens, dass es durchaus ein Problem gibt, und zweitens, wenn es beim Zusammenschluss dann wieder ein Problem gibt, dass grundsätzlich zu wenig Strassenkapazität vorhanden ist. Fazit: Es gibt ein Problem. Dann wurde Urs Kaufmann Votum noch origineller, indem er sagte, es handle sich um ein kommunales Problem. Es handelt sich jedoch um ein kantonales Entwicklungsgebiet von grosser Bedeutung und der Landrat verursachte quasi mit einer Kantonsstrasse das Debakel. Entsprechend sagen die Gemeinden nun zu Recht, dass sie die Unterstützung des Kantons brauchen. Es besteht ein verkehrstechnisches Problem und es soll auch keine Parallelautobahn gebaut werden – die Strasse ist bereits gebaut und muss einfach wieder geöffnet werden. Der Landrat ist dafür da, Lösungen zu schaffen und nicht einfach die Augen zu schliessen.

Stephan Ackermann (Grüne) spricht als Landrat aus Pratteln. Andreas Dürr hat von Problemen gesprochen. Ein Problem kann immer auch herbeigeredet werden. Stephan Ackermann ist fast täglich in diesem Gebiet unterwegs und er muss sagen, die jetzige Situation ist ein Gewinn. Mit der Verkehrsverlagerung wurde das Quartier vor Ort entlastet, was super ist. Herausfordernd ist der zeitliche Ablauf. Die Rauricastrasse wurde zu einem Zeitpunkt geöffnet, an dem noch nicht alle Puzzleteile am richtigen Ort sind. So ist beispielsweise die Querung der Frenkendörferstrasse für den Langsamverkehr – insbesondere die Velofahrenden, die von Augst, Giebenach etc. nach Pratteln in die Schule oder zur Arbeit fahren – noch nicht optimal gelöst. Der ganze Berufsverkehr ist nun auf dieser Achse und es gibt häufig Stau, das stimmt. In vielen der grossen Autos sitzt jedoch nur eine Person. Wenn die Anzahl Autos halbiert würde, indem man immer zu zweit unterwegs wäre, bestünde jedoch der Stau nicht mehr. Aus Sicht von Stephan Ackermann bestünde damit ein guter Ansatz zur Lösung des Problems.

Würde die Rheinstrasse wieder geöffnet, dann hätte dies logischerweise zur Konsequenz, dass die Rauricastrasse gesperrt werden müsste. Es können nicht beide Strassen parallel geöffnet sein. Damit würde das Problem jedoch nicht wirklich gelöst – man denke bspw. an die Schwierigkeiten, die dies für den Busverkehr mitbringen würde.

Das Postulat ist mit der Stellungnahme des Regierungsrats bereits beantwortet und es ist heute

nicht mehr nötig. Zum Zeitpunkt der Einreichung im Januar war es aber durchaus berechtigt. Ferner gibt es auch noch eine Petition und der Landrat wird im Zusammenhang mit der Vorlage zur Lohagstrasse zeitnah über das Thema diskutieren können. Eine Überweisung des Postulats würde nur zu «Mehrverkehr» und letztlich «Stau» in den Kommissionen führen.

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) führt aus, es sei unbestritten, dass es im Gebiet Salina Raurica aktuell ein Ungleichgewicht zwischen kommunaler und kantonaler Erschliessung gebe. Das Ungleichgewicht ist aber nicht auf Dauer angelegt – die Planung sieht anders aus –, sondern besteht nur temporär. Da dieses Gebiet sowohl für den Kanton als auch für die Gemeinden von Bedeutung ist, ist es auch richtig, dass alle in der Pflicht stehen, für das vorübergehende Problem gemeinsam Lösungen zu finden. Wie ist das Ungleichgewicht entstanden? Es gab die Abstimmung zur Tramverlängerung und aufgrund des Ergebnisses hat die Gemeinde Pratteln die Planung in Salina Raurica sistiert. Regierungsrat Isaac Reber hätte in dieser Situation auch einen Schritt zurückgemacht; das Ergebnis in Pratteln war sehr deutlich. Der Entscheid von Pratteln ist also verständlich. Tatsächlich ist es nun aber so, dass die beiden Systeme nicht übereinstimmen. Die Strasse befand sich zum Zeitpunkt der Abstimmung bereits im Bau, wurde nun fertiggestellt und in Betrieb genommen.

Bereits zu Beginn des Jahres sind der Kanton und die Gemeinden zur Lösungsfindung zusammengekommen. Es wurde geschaut, wie das Problem so gelöst werden kann, dass es möglichst kompatibel ist mit dem, was künftig dort angedacht ist und mit den Planungen übereinstimmt. Die Gemeinden Augst und Pratteln und der Kanton Basel-Landschaft sind überzeugt, mit dem Lückenschluss Lohag, wozu eine Vorlage überwiesen wurde, eine Lösung gefunden haben. Mit diesem Ansatz kann das Problem weitgehend gelöst werden. Zudem ist es der schnellste Lösungsansatz, der mit den rechtsgültigen Planungen der beiden Gemeinden und des Kantons kompatibel ist. Die Beratung der Vorlage wurde rasch aufgenommen und es ist möglich, schon bald einen Entscheid vorliegen zu haben. Gelingt es, einen Entscheid noch vor der Sommerpause herbeizuführen, besteht die Chance, dass das Problem sehr zeitnah – wahrscheinlich noch in diesem Jahr – gelöst werden kann.

Der Gemeinderat hatte sich für eine Sistierung der Planung entschieden und es ist nachvollziehbar, dass ihm momentan die Hände gebunden sind. Dem Kanton sind hingegen die Hände nicht gebunden, weshalb der Vorschlag, dass der Kanton für die Gemeinde einspringt, die richtige, adäquate und angezeigte Lösung zur Behebung des Problems ist.

Regierungsrat Isaac Reber hält an dieser Stelle sehr klar fest, dass der Vorschlag in der Vorlage zum Lückenschluss Lohag mit allen Planungen kompatibel ist. Die Ideen, die herumschwirren, sind erstens nicht kompatibel mit den Planungen und zweitens technisch gar nicht möglich. Christine Frey möchte zum Urzustand zurückkehren. Dies würde bedeuten, dass die Rauricastrasse geschlossen wird, was wahrscheinlich nicht die Absicht von Christine Frey ist. Man kann die Rheinstrasse nicht einfach wieder öffnen, da es nicht mehr ist wie vorher. Der Knoten müsste umgebaut werden, weil dort spitzwinklig die Rheinstrasse und die neue Rauricastrasse aufeinanderstossen würden. Für das damit einhergehende Umfallrisiko ohne Umbau möchte wohl niemand die Verantwortung übernehmen. Jedoch wäre alleine der Umbau des Knotens viel teurer als der Vorschlag mit der Lohagstrasse.

Die Gemeinden Augst und Pratteln sind dezidiert gegen einen Schritt zurück, sondern für einen Schritt vorwärts: die auf dem Tisch liegende Vorlage zum Lückenschluss. Wenn es wirklich um die Lösung des Problems geht, und nicht um dessen Bewirtschaftung, dann sei auf die Vorlage verwiesen. Der Landrat entscheidet darüber, ob eine zeitnahe Lösung für das unbestrittenermassen vorhandene temporäre Problem angestrebt wird. Liegt der Entscheid bis zu den Sommerferien nicht vor, geht viel wertvolle Zeit verloren. Es handelt sich auch nicht um einen schweren Entscheid, da es sich eigentlich um eine Ohnehin-Planung handelt, die auch finanziell überschaubar

ist.

Der Regierungsrat hat die Abschreibung des Vorstosses beantragt. Mit der Abschreibung noch zuzuwarten, bis klar ist, wie es weitergeht, nützt eigentlich nicht viel. Denn die Problemlösung liegt mit der Vorlage zum Lückenschluss Lohagstrasse in der Hand des Landrats.

://: Mit 42:34 Stimmen wird das Postulat überwiesen und mit 40:36 Stimmen stehen gelassen.
